

## **Antrag**

**des Abg. Nikolai Reith u. a. FDP/DVP**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration**

### **Maßnahmen- und Aktivitätenplanung des Demokratiezent- rums Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. welche Aktivitäten im Rahmen des Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrums „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ seit Angliederung an das Referat 43 im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt wurden;
2. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, in den Jahren 2021 und 2022 für den Betrieb des Demokratiezentrums Baden-Württemberg aufgewandt wurden;
3. wie sie die Kosten-Nutzen-Effizienz in diesem Zusammenhang bewertet;
4. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, in den Jahren 2021 und 2022 durch das Demokratiezentrum Baden-Württemberg in den Betrieb der Regionalen Demokratiezentren geflossen sind;
5. wie sie den Mitteleinsatz in den Regionalen Demokratiezentren bewertet;
6. welche Aktivitäten sie mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg in den Jahren des Doppelhaushalts 2023 und 2024 plant;
7. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, sie für die Jahre 2023 und 2024 für den Betrieb und die geplanten Maßnahmen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg aufwenden will (bitte nach Jahren und geplanter Maßnahme differenziert angeben);

8. wie sie die aktuelle Außenwirkung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg bewertet und welche Kriterien sie dieser Bewertung zugrunde legt;
9. wie sie die Nutzung der Online-Präsenz (*www.demokratiezentrum-bw.de*) seit 2021 bewertet, gemessen an Zugriffszahlen und Kontaktaufnahmen (bitte nach Jahren differenziert angeben);
10. ob und wenn ja welche Maßnahmen sie, ergänzend zu persönlichen Beratungsformaten, beispielsweise digitale Formate, plant.

5.4.2023

Reith, Haußmann, Fischer, Dr. Rülke, Birnstock, Bonath, Haag,  
Hoher, Dr. Jung, Dr. Schweickert, Trauschel FDP/DVP

### Begründung

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum in den Handlungsfeldern Extremismus, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung eine wichtige Einrichtung, gerade in Zeiten zunehmender extremistischer Strömungen.

Dieser Antrag möchte die Aktivitäten des Demokratiezentrums Baden-Württemberg seit Eingliederung in das Referat 43 des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration im Jahr 2021 in Erfahrung bringen sowie den Mitteleinsatz von Bundes- und Landesebene zu den geplanten Maßnahmen in Relation setzen.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. April 2023 Nr. 43-0141.5-017/4568 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

1. *welche Aktivitäten im Rahmen des Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrums „Demokratiezentrum Baden-Württemberg“ seit Angliederung an das Referat 43 im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in den Jahren 2021 und 2022 durchgeführt wurden;*

Die Förderung des Demokratiezentrums Baden-Württemberg erfolgt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ mit einer Kofinanzierung des Landes. Der Bund fördert in Absprache mit den Landesregierungen im „Handlungsbereich Land“ in jedem Bundesland die Arbeit eines Landes-Demokratiezentrum. Die Vorgaben für die Landes-Demokratiezentren sind in der Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (kurz: „Förderrichtlinie Demokratie leben!“, aktuell vom 5. August 2019 mit Änderungen vom 20. Oktober 2021 und 5. August 2022) sowie den „Grundsätzen der Förderung im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!““ (aktuell vom 19. September 2019) festgelegt.

Mit der Förderung der Landes-Demokratiezentren zielt der Bund darauf ab, die Maßnahmen im jeweiligen Bundesland zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt zu bündeln und die relevanten Akteurinnen und Akteure zu vernetzen. Eine weitere Aufgabe der Landes-Demokratiezentren besteht darin, die im Rahmen des Bundesprogramms definierten Maßnahmenbereiche – dies sind Angebote der mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung – zu koordinieren. Inhaltliche Schwerpunkte sind Rechts-Extremismus, islamistischer Extremismus sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit und darauf bezogene Diskriminierungen.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg (DZBW) wurde 2015 erstmals gefördert. Das Demokratiezentrum ist ein Verbund von vier zivilgesellschaftlichen Trägern, die in den genannten durch das Bundesprogramm vorgegebenen Maßnahmenbereichen tätig sind. Als Trägerverbund verfügt das Demokratiezentrum über keine eigene Rechtsform. Die Träger sind – seit 2015 – im Bereich der mobilen Beratung die Jugendstiftung Baden-Württemberg mit der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ und die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg (LAGO) mit der Fachstelle „mobirex“ sowie im Bereich der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG) als Träger der Fachstelle Extremismuskonferenzen. 2017 kam die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg (TGBW) als Trägerin der Beratungsstelle Leuchtturm im Bereich der Opfer- und Betroffenenberatung hinzu. Daneben bestehen im Rahmen des Demokratiezentrums weitere Angebote der genannten Träger, die bspw. die Bekämpfung von Hass und Hetze im Internet, die Demokratieförderung sowie die Jugendbeteiligung betreffen.

Mit dem Jahreswechsel 2021/2022 hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die in den „Grundsätzen der Förderung im Handlungsbereich Land“ vorgesehene Funktion der sog. Landeskoordinierung übernommen. Als Aufgaben der Landeskoordinierung sehen die genannten Fördergrundsätze die Förderung der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts zwischen den verschiedenen Akteuren und Akteurinnen auf Landesebene durch vertrauensbildende Maßnahmen und das Herstellen von Transparenz vor. Auch die Vernetzung und Strategieentwicklung sind Aufgaben der Landeskoordinierung. Weiterhin obliegt der Landeskoordinierung die Koordinierung der Angebote in den vorgenannten Bereichen mobile, Opfer- und Betroffenen- sowie Distanzierungs- und Ausstiegsberatung.

Im Jahr 2022 wurde die Geschäftsordnung, auf deren Grundlage die Träger im Demokratiezentrum zusammenwirken, aktualisiert. Die Abstimmungsprozesse in den internen Arbeitsgruppen (Lenkungsgruppe, Arbeitsgruppe Sicherheit, Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit) sowie der Beirat des Demokratiezentrums werden von der Landeskoordinierung organisiert und geleitet. Auch übernimmt die Landeskoordinierung die Vertretung bei Bund-Länder-Treffen, die vom für das Programm „Demokratie leben!“ zuständigen Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend organisiert werden. Auf Landesebene übernimmt die Landeskoordinierung die Vertretung in Gremien, wie dem Fachbeirat des „konex“ (Kompetenzzentrum gegen Extremismus beim Landeskriminalamt), dem Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung und dem Runden Tisch Demokratiebildung, der vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg betreut wird.

Weiterhin koordiniert die Landeskoordinierung den Außenauftritt des Demokratiezentrums. Ziel der Öffentlichkeitsarbeit ist die Verankerung des Demokratiezentrums als Akteur in der Demokratie- und Präventionsarbeit, die Bewerbung der Angebote der Fachstellen und Projekte sowie die Bereitstellung von Informationen über Themengebiete des Demokratiezentrums.

Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Träger im Rahmen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg in den Jahren 2021 und 2022 erfolgte in den oben genannten, im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vorgesehenen Maßnahmenbereichen sowie auf Grundlage der Anträge der Träger und der

Bewilligungen für das jeweilige Jahr. Hiervon waren auch Sondermaßnahmen umfasst, die die Stellen des Bundes im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine im Frühjahr 2022 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ausschrieben und die die Fachstellen des Demokratiezentriums erfolgreich beantragen konnten.

Die Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ berät Menschen, die mit extrem rechten Äußerungen und Handlungen oder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind, sowie Fachkräfte, Lehrkräfte, Vereine und Verbände oder Einzelpersonen, die sich für die Demokratie einsetzen wollen. Neben der Fachstelle stehen nach Angaben der Jugendstiftung Baden-Württemberg 30 regionale Beratungsstellen (einschließlich der Regionalen Demokratiezentren) zur Verfügung. Zusammen mit „PREvent!on“, das ebenfalls bei der Jugendstiftung angesiedelt ist, bietet „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ die Fortbildungsreihe „Expertise und Handlungsfähigkeit in der Extremismusprävention“ an. Nach Abschluss der Qualifizierung besteht die Möglichkeit, Mitglied im Beratungsnetzwerk von „kompetent vor Ort“ zu werden. Trägerin der Fachstelle ist die Jugendstiftung Baden-Württemberg.

„PREvent!on“ bietet Workshops, Vorträge und Seminare zur Sensibilisierung und thematischen Einführung in den religiös begründeten Extremismus sowie zum Verhältnis von Demokratie und Religion an. Der Fokus liegt auf der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen.

Die Fachstelle „mobirex – Monitoring | Bildung | Information zur extremen Rechten und GMF“ beobachtet Entwicklungen und Aktivitäten in Baden-Württemberg, die im Zusammenhang der extremen Rechten und daran angrenzenden Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stehen. Die Fachstelle bietet Hintergrundinformationen und unterstützt Anfragende bei der Einordnung von Gruppierungen, Handlungen und Vorkommnissen. Das Fachwissen wird darüber hinaus durch Veranstaltungen und Vorträge sowie die Publikationsreihe „Einsichten“ für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht. Trägerin der Fachstelle ist die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO).

Die Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) entwickelt präventive Ansätze im Feld des politischen und religiös motivierten Extremismus. Diese zielen auf die Stärkung und Handlungsfähigkeit im Umgang mit sich radikalisierenden jungen Menschen und richten sich an (sozial-)pädagogische Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige aus der Verbandslandschaft. Die FEX bietet eine Vielzahl an Angeboten an, sowohl in Präsenz als auch digital, und verfügt zusätzlich über E-Learning-Angebote, die über die Webseite der Fachstelle abrufbar sind. Trägerin der Fachstelle ist die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG).

Die Fachstelle Leuchtlinie bietet Beratung für Betroffene von rechter Gewalt an. Sie unterstützt, wenn Menschen aus einer rechten, rassistischen oder antisemitischen Haltung heraus psychische oder physische Gewalt erleiden. Leuchtlinie berät Betroffene und deren Angehörige sowie auch Menschen, die Zeugin oder Zeuge einer Tat wurden. Die Beraterinnen und Berater geben Auskunft und Informationen zu einer polizeilichen Anzeige, vermitteln juristische Unterstützung oder psychotherapeutische Expertinnen und Experten. Trägerin der Fachstelle ist die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e. V. (TGBW).

Neben den Fachstellen werden im Rahmen des Demokratiezentriums weitere Maßnahmen gefördert, die in die Bereiche Demokratieförderung und Extremismusprävention fallen. Die Meldestellen „REspect!“ und „#Antisemitismus“ bieten die Möglichkeit, online Hass und Hetze im Internet sowie im Fall von antisemitischen Vorfällen auch solche vor Ort zu melden. Die Meldestellen prüfen die eingehenden Meldungen danach, ob eine strafbare Handlung vorliegt und leiten ggf. weitere Schritte ein: Dem Plattformbetreiber werden Einträge gemeldet und die Löschung der Beiträge beantragt. Strafrechtlich relevante Vorfälle werden angezeigt. Betroffene werden beraten und unterstützt. Die Meldestelle „#Antisemitismus“ legt ihren Schwerpunkt auf die Meldung und Beurteilung antisemitischer

Vorfälle. Die Meldestellen befinden sich in Trägerschaft der Jugendstiftung. Seit Juni 2022 besteht hinsichtlich der Meldestelle „REspect!“ eine Kooperation der Jugendstiftung und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration mit der Bayerischen Staatsregierung, um das Angebot der Meldestelle und die Vernetzung mit Beratungsstellen auch in Bayern verfügbar zu machen.

Die zehn Regionalen Demokratiezentren in Böblingen, Breisgau-Hochschwarzwald, Freiburg, Göppingen, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Oberschwaben (Landkreise Biberach, Ravensburg), Pforzheim sowie Alb-Bündnis (Landkreise Reutlingen, Sigmaringen, Tübingen, Zollernalbkreis) sollen die Angebote und die Expertise des Demokratiezentrums in die Fläche des Landes tragen. Als lokale Bildungs-, Dienstleistungs- und Netzwerkpartner bieten sie in den Stadt- und Landkreisen, in denen sie angesiedelt sind, Beratung, Workshops, Planspiele und Fachveranstaltungen an. Die Regionalen Demokratiezentren werden durch die Jugendstiftung Baden-Württemberg verantwortet.

Das Programm „Jugend BEWEGT“ fördert und verankert die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern im kommunalen Lebensraum. Beteiligungsprozesse wurden begleitet und die verantwortlichen Stellen gecoacht. Das Programm befindet sich in Trägerschaft der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Das Programm „Vielfaltcoach“ ist ein Programm für Mentorinnen und Mentoren, welches jedes Jahr 80 bis 100 Jugendliche zu sogenannten Vielfaltcoaches ausbildet. Das Programm eignet sich für die Klassenstufen 8 und 9. Träger des Programms ist die Jugendstiftung Baden-Württemberg.

*2. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, in den Jahren 2021 und 2022 für den Betrieb des Demokratiezentrums Baden-Württemberg aufgewandt wurden;*

Im Jahr 2021 wurden den Trägern des Demokratiezentrums für die Fachstellen und weiteren Projekte im Rahmen der Bewilligung insgesamt 2 462 075,20 Euro zur Verfügung gestellt. Davon kamen 2 093 075,20 Euro aus Bundesmitteln und 341 500 Euro aus Mitteln des Landeshaushalts Baden-Württemberg. 27 500 Euro wurden durch die Jugendstiftung Baden-Württemberg als Eigenmittel eingebracht.

Im Jahr 2022 wurden den Trägern des Demokratiezentrums für die Fachstellen und weiteren Projekte im Rahmen der Bewilligung insgesamt 2 693 003,50 Euro zur Verfügung gestellt. Davon stammten 2 198 003,50 Euro aus Bundesmitteln. Die Finanzierung aus dem Landeshaushalt Baden-Württemberg lag bei 465 000 Euro. 30 000 Euro wurden durch Drittmittel des Freistaats Bayern für die Meldestelle „REspect!“ eingebracht.

*3. wie sie die Kosten-Nutzen-Effizienz in diesem Zusammenhang bewertet;*

Gesellschaftliche Herausforderungen wie rechtsextreme Gewalt, islamistischer Extremismus, Antisemitismus, Rassismus, demokratiefeindliche Verschwörungsmythen oder die Bewegung der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter zeigen, dass auch in Baden-Württemberg ein Handlungsbedarf bei dem Themen Demokratieförderung und Extremismusprävention besteht. Die Struktur der zivilgesellschaftlich getragenen Fach- und Beratungsstellen im DZBW erlaubt die Entwicklung fortlaufend neuer Angebote und damit auch die Ausrichtung auf aktuelle und neu entstehende Themenfelder. Dies betrifft auch Phänomene wie die Querdenken-Bewegung und Verschwörungsmythen oder die Verbreitung von Hass und Hetze im Internet, zu denen im Bereich des Demokratiezentrums entsprechende Formate entwickelt und bereitgestellt werden.

Im Übrigen unterliegt die Mittelverwendung mit Ablauf des jeweiligen Förderzeitraums (entspricht dem Kalenderjahr) der Verwendungsprüfung durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration als Bewilligungsbehörde auf Ebene des Landes sowie durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaft-

liche Aufgaben (BAFZA) als Bewilligungsbehörde des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Weiterhin erfolgt eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Projekte und Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Deutsche Jugendinstitut und das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

*4. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, in den Jahren 2021 und 2022 durch das Demokratiezentrum Baden-Württemberg in den Betrieb der Regionalen Demokratiezentren geflossen sind;*

In 2021 und 2022 wurden der Jugendstiftung Baden-Württemberg im Rahmen der Bewilligung des Demokratiezentrums Baden-Württemberg jeweils Mittel in Höhe von 250 000 Euro für das Projekt „Regionale Demokratiezentren“ zur Verfügung gestellt. In 2021 stammten 21 253,61 Euro der Fördermittel aus Bundesmitteln, 34 676,03 Euro aus Mitteln aus dem Landeshaushalt Baden-Württemberg sowie 2 792,36 Euro aus Eigenmitteln der Jugendstiftung. In 2022 stammten 204 956,28 Euro der Fördermittel aus dem Bundeshaushalt. Die Zuwendung aus dem Landeshaushalt Baden-Württemberg betrug 45 043,72 Euro.

*5. wie sie den Mitteleinsatz in den Regionalen Demokratiezentren bewertet;*

Regionalisierungsstrategien dienen dazu, die Angebote der Demokratieförderung und der Extremismusprävention im gesamten Flächenland Baden-Württemberg anbieten zu können. Das mit den zehn Regionalen Demokratiezentren verbundene Ziel besteht darin, die Angebote und die Expertise des Demokratiezentrums Baden-Württemberg in die Fläche zu tragen. Die Ausgestaltung der Projektstruktur obliegt der Jugendstiftung Baden-Württemberg, dem Träger des Projekts der „Regionalen Demokratiezentren“, sowie innerhalb dieses Rahmens den jeweiligen Trägern der zehn Regionalen Demokratiezentren. Der Auftrag an die Regionalen Demokratiezentren und der Beitrag zum Gesamtprojekt des Demokratiezentrums besteht in der Darbietung und Organisation von Vorträgen, Workshops und weiteren Veranstaltungsformaten zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit. Durch die Vernetzung mit lokalen und regionalen Akteuren sollen die Regionalen Demokratiezentren gezielt auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort eingehen. Im Rahmen der Antragstellung für das Förderjahr 2023 wurde die Projektstruktur fortentwickelt mit dem Ziel, dass das gesamte Angebot des Demokratiezentrums und seiner vier Träger im Rahmen der Regionalen Demokratiezentren vorgehalten und angeboten wird. Hierdurch soll die Regionalisierung wie auch die Qualität des Angebots in diesem Projektbereich weiter verbessert werden.

*6. welche Aktivitäten sie mit dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg in den Jahren des Doppelhaushalts 2023 und 2024 plant;*

Die Trägerorganisationen bzw. die Fachstellen im DZBW planen selbstständig die Weiterentwicklung ihrer Maßnahmen, die Durchführung von Angeboten und Veranstaltungen sowie die Herausgabe von Publikationen und bringen diese in die jährliche Antragstellung ein. Neben den Beratungsleistungen haben die Fachstellen derzeit 37 feste Bildungsangebote (Workshops, Vorträge, Fachtage, Rollenspiele) im Portfolio. Bei Bedarf oder entsprechender Nachfrage werden weitere Veranstaltungen oder andere Formate zu aktuellen Themen entwickelt. Für 2023 sind unter anderem Publikationen zu den Themenbereichen „Hass im Netz“, „Antifeministische und christlich-fundamentalistische Angebote in der Sexualerziehung“ sowie zum „Ultranationalismus in der Migrationsgesellschaft“ geplant. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ einen Sonderfonds geschaffen, um Projekte zu fördern, die die Ziele der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft verfolgen.

Bewährte Formate sollen in 2023 und 2024 weiter angeboten werden. Themen für Veranstaltungen und Publikationen in 2024 oder Details zu Weiterentwicklungen

der Fachstellen und Projekte sind noch nicht bekannt. Dies ergibt sich aus der jährlich neu erfolgenden Antragstellung beim Bund, die nach den dortigen Vorgaben erfolgt. Die Pläne der Fachstellen für das Jahr 2024 werden im Prozess der Antragstellung entwickelt und geprüft, die im Herbst 2023 beim Bund erfolgen wird.

Zur Vernetzung aller in Baden-Württemberg im Themenfeld tätigen Akteure sind in 2023 und auch in 2024 sogenannte Landesdemokratiekonferenzen vorgesehen. Das Thema der Landesdemokratiekonferenz 2023 lautet „Wirksamer Umgang mit Verschwörungsideologien in der Extremismusprävention“. Zur weiteren Professionalisierung der im DZBW angebotenen Beratungsleistungen findet im Mai 2023 ein Fachtag für die Beraterinnen und Berater des Demokratiezentrum zum Thema „Beratungsstandards“ statt. Das Demokratiezentrum ist am 12. und 13. Juni 2023 beim Deutschen Präventionstag in Mannheim vertreten.

*7. welche finanziellen Mittel, aufgeteilt nach Bundes- und Landesmitteln, sie für die Jahre 2023 und 2024 für den Betrieb und die geplanten Maßnahmen des Demokratiezentrum Baden-Württemberg aufwenden will (bitte nach Jahren und geplanter Maßnahme differenziert angeben);*

Im Rahmen der Bewilligung für das Jahr 2023 werden insgesamt Mittel in Höhe von 3 085 578,82 Euro für die Maßnahmen und Projekte des Demokratiezentrum zur Verfügung gestellt. Davon sind 2 497 528,50 Euro Bundes- und 460 000 Euro Landesmittel. 120 000 Euro werden durch Drittmittel des Freistaats Bayern für die Meldestelle „REspect!“ eingebracht. 8 050,32 Euro werden als Eigenmittel der Träger eingebracht. Diese Mittel teilen sich wie folgt auf die verschiedenen Maßnahmen im DZBW auf:

<b>Maßnahme</b>	<b>Summe Fördermittel (in Euro)</b>	<b>davon Bundesmittel (in Euro)</b>	<b>davon Landesmittel (in Euro)</b>
Jugend Bewegt	55.100,00	44.762,45	9.837,55
PREvent!on	205.337,47	167.520,99	36.816,48
Kompetent vor Ort	278.285,00	230.062,94	46.222,06
Meldestelle REspect!	300.160,00	147.699,69	32.460,31
Meldestelle #Antisemitismus	15.500,00	12.707,29	2.792,71
Vielfaltcoach	75.790,00	61.519,68	13.520,31
Regionale Demokratiezentren	330.300,00	270.132,38	59.367,62
Landeskoordinierung	430.000,00	361.533,55	68.466,45
Leuchtlinie	560.054,00	471.839,37	87.214,31
Maßnahme 64 (Sondermittel des Bundes für 2023 zur Unterstützung von Betroffeneninitiativen und anderem selbstorganisiertem Engagement im Rahmen der Betroffenenberatung)	50.000,00	50.000,00	0
Mobirex	380.452,35	327.300,31	52.152,04
Fachstelle Extremismusdistanzierung	404.600,00	352.449,85	51.150,15

Die Höhe der finanziellen Mittel, die in 2024 für den Betrieb und die geplanten Maßnahmen des Demokratiezentrams bewilligt werden, sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Die Antragstellung sowie die Bewilligung durch den Bund für 2024 sind noch nicht erfolgt. Die Antragstellung durch die Träger ist für den Herbst 2023 vorgesehen, woran sich die Beantragung beim Bund sowie die dortige Bewilligung anschließen. Im Staatshaushaltsplan des Landes sind für das Jahr 2024 Mittel in Höhe von 460 000 Euro für das DZBW eingestellt.

*8. wie sie die aktuelle Außenwirkung des Demokratiezentrams Baden-Württemberg bewertet und welche Kriterien sie dieser Bewertung zugrunde legt;*

Das DZBW hat sich seit seiner Einrichtung im Jahre 2015 als umfassendes und nachhaltig agierendes Beratungs-, Informations- und Vernetzungszentrum im Bereich der Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention in Baden-Württemberg etabliert. Dies zeigt sich unter anderem mit Blick die Kooperationsanfragen von externen Trägern, die Einladungen zu Veranstaltungen und Podien sowie die eingehenden Presseanfragen. Das DZBW stellt im Übrigen über seine Internetseite sowie über Soziale Medien Informationen zu den Angeboten des Demokratiezentrams sowie zum Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention zur Verfügung.

*9. wie sie die Nutzung der Online-Präsenz ([www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de)) seit 2021 bewertet, gemessen an Zugriffszahlen und Kontaktaufnahmen (bitte nach Jahren differenziert angeben);*

Die Kontaktaufnahmen und Anfragen erfolgen sowohl über die Webseite des Demokratiezentrams wie auch über die Fachstellen und Trägerorganisationen des Demokratiezentrams, die eigene Webseiten und Social-Media-Kanäle betreiben. Eine gemeinsame Erfassung der Nutzungszahlen und Kontaktaufnahmen für die Online-Auftritte und Social-Media-Kanäle erfolgt dabei nicht.

Daten zu der Online-Präsenz des Demokratiezentrams Baden-Württemberg liegen für den Zeitraum vor, seitdem die Aufgaben der Landeskoordinierung im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelt sind. In 2022 hatte die Webseite 1 400 Besucherinnen und Besucher und verzeichnete 4 300 Aktionen. Von Januar 2023 bis März 2023 wurden 465 Besucher und 1 595 Aktionen registriert.

*10. ob und wenn ja welche Maßnahmen sie, ergänzend zu persönlichen Beratungsformaten, beispielsweise digitale Formate, plant.*

Seit Beginn der Coronapandemie bieten alle Fachstellen neben persönlichen Beratungsformaten und Veranstaltungen auch digitale oder hybride Veranstaltungsformate an. Die Fach- und Beratungsstelle Leuchtlinie setzt zudem die Beratungs-App „SupportCompass“ ein, die Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme ermöglicht.

Lucha

Minister für Soziales,  
Gesundheit und Integration